

Das Berliner Tageblatt erscheint täglich des Morgens, mit Ausnahme Montags, und ist durch die Expedition Jerusalemstr. 48, Filiale Friedrichstr. 66, Filiale Königsplatz: 60, Filiale Kottbuscherstr. 45, sowie durch alle Zeitungs-Expeditionen und Post-Anstalten des Reiches zu beziehen. Redaktion: Jerusalemstr. 48.



Der Abonnements-Preis beträgt inclusive Donnerstags-Beilage „Mitt.“ und „Sonntagsblatt“ vierteljährlich 5 Rthl. 25 Pf. incl. Portolohn, monatlich 1 Rthl. 75 Pf.; durch die Post bezogen 5 Rthl. 25 Pf. v. Quartal. In Preuss. v. Rthl. 40 Pf. Berliner Stadt-Anzeiger: 3 Rthl. wochen Jerusalemstr. 48, Filiale Friedrichstr. 66, Filiale Königsplatz: Königsstr. 50, Filiale Kottbuscherstr. 45, angenommen.

Berliner Tageblatt.

Nr. 45. Berlin, Freitag, den 22. Februar 1878. Hauptblatt.

Die Steuervorlagen.

Die Debatte, welcher wir heute im Reichstage entgegenzusehen haben, kann nicht gut unter dem isolierten Gesichtspunkte einer Debatte über einzelne ganz bestimmte Steuern aufgefaßt werden; dies würde von einer Kurzsichtigkeit zeugen, welche bei einer so zusammengehängten Masse von Intelligenz, wie sie in jener Körperschaft vertreten ist, nicht vorausgesetzt werden kann. Denn sie hat außer der Prüfung des Charakters der vorgeschlagenen Steuern an und für sich, vor allen Dingen die Nothwendigkeit neuer Steuerumlagen zu unteruchen. Dies kann nicht geschehen, ohne den gesamten Reichshaushalt kritisch zu betrachten und ohne zu prüfen, ob sich nicht durch Abträge hier oder dort, beziehungsweise nur durch eine andere Gruppierung der Ausgaben das behauptete Defizit beseitigen läßt. Der Etat und die Steuervorlagen stehen in innigsten Zusammenhänge mit einander; nur erstens ist es logisch, daß zuerst die unabweislichen Bedürfnisse des Reiches ungewissheit festgestellt werden, ehe man an die Berechnung neuer Steuern geht, welche dazu bestimmt sind, denjenigen Theil des Bedürfnisses zu befriedigen, welcher aus den bisherigen laufenden Steuern nicht gedeckt werden kann.

Die Berechnung dieser Vorlagen hat aber auch noch eine andere wichtige Voraussetzung. Der Gedanke einer Reform unseres ganzen Steuerwesens ist nicht nur durch den Herrn Reichskanzler signalisirt, er erhebt sich initialit gleichzeitig von verschiedenen Seiten und lebt in allen politisch denkenden Köpfen. Eine solche Steuerreform hat nur dann Sinn, wenn sie auf einer systematisch konstruirten Grundlage aufgebaut wird, und um das System selbst zu stellen, haben sich das Reich, die Einzelstaaten und die Kommunen, beziehungsweise die Kommunalverbände, wie Kreis und Provinz miteinander ins Girennehmen zu setzen. Dafür sind zwar dankenswerthe Zingeringe gegeben, aber die Kraft eines maßgebenden leitenden Gedankens haben sie noch nicht erlangt, und es ist daher ohne Zweifel gefährlich, an irgend einer Stelle, sei es Reich, Einzelstaat oder Kommune, neue Steuern einzuführen. Denn so lange das System fehlt, kann man auch nicht prüfen, ob sich dieselben im Einklange mit denselben befinden, und die Verwirklichung, die künftig zu beseitigen sein wird, muß dadurch wachsen.

Dann aber haben wir uns mit der seltenen Vorstellung zu befassen, die uns in Regierungskreisen noch so häufig entgegentritt, als ob man Steueredikrete mit sichern Erfolge beliebig in die Welt setzen könnte. Die Steuerkraft der Bürger hat ihre Grenzen, die freilich, wie alle Grenzen, überschritten werden können, aber vor allen Dingen doch von der eigenen Regierung respektirt werden sollten. Sie sind allerdings nicht mit blassen und grauen Linien graphisch darzustellen und sind auch eine reichhaltig beträchtliche Zeit hindurch nicht absolut unverrückbar, sondern lassen sich weiter hinauschieben. Der Steuerzahler blutet, aber er zahlt noch; er kann das nur, indem er einen anderen Maßstab an die Befriedigung seiner Bedürfnisse legt und seine Ausgaben zu Gunsten der Steuern beschränkt und anders eintheilt; er darf nicht mehr so viel für Essen und Trinken, für Wohnung und Kleidung ausgeben, als bisher; wie classisch er aber auch den Anforderungen des Staates gegenüber sein mag, selbst der Gummi ist doch nur bis zu einem gewissen Punkte dehbar, und keine hydraulische Presse ist im Stande, aus dem Zuckerrohr oder der Rübe mehr Saft hervorzuzubereiten, als darin enthalten ist.

Mit welcher politischen Bildung man aber auch die Nothwendigkeit des Staates anerkennen, mit welchem Patriotismus man auch seinen Anforderungen zu genügen streben mag, endlich welchen Gedanke und Gefühl sich gleichmäßig gegen jede Ueberbürdung erheben. Wir haben von der Verschiebbarkeit der Grenzen der Steuerkraft gesprochen. Die absolute Dehnbarkeit wird ganz wesentlich zeitweise durch das bedingt, was man mit der allgemeinen „Gewerbs- und Verkehrsfrage“ bezeichnet. Vernünftiger Weise sollte man annehmen, daß der Staat in günstigen Geschäftszeiten mit stärkeren Anforderungen an den Steuerzahler herantritt und sich selber beschränkt nach der Maßgabe, welche den Steuerzahler beschränkt. Aber nicht umgekehrt! Denn sonst würde der biblische Spruch eine politische Wahrheit für alle Zeiten werden: Wenn uns Zerobeam mit Ruthen gepeinigt hat, so wird uns Rehabeam mit Skorpionen züchtigen.

Ist dies eine Zeit, die Steuerlast des deutschen Volkes, die schon gegenwärtig bis zur Unerschwinglichkeit drückt, noch zu erhöhen? Während Tag für Tag große und gesunde Erntezinsen zusammenbrechen, während die Roth in immer weitere Kreise eindringt und unter den Existenzbedingungen die wichtigste von allen, die

Arbeitskraft des Volkes lahm legt, finkt der Staat über neue Steuern! Man werke nicht ein, daß die gegenwärtigen Projekte keine absoluten Bedürfnisse, sondern nur den Luxus treffen. Wir bestreiten die Berechtigung zu einem Urtheile darüber, was dem Einzelnen Luxus, was ihm Bedürfnis ist, wohn z. B. für Viele der Genuß des Tabaks zu rechnen ist. Und überdies ist es eine Täuschung, daß die Tabaksteuer nur denjenigen trifft, welcher raucht, und daß er sich davon befreien kann, wenn er nicht raucht. Wäre das wahr, so würde der hohe Zoll in England und das Monopol in Frankreich und Oesterreich nicht die kolossalen Ertragnisse liefern, die thatsächlich dabei herauskommen, denn wirkliche Luxussteuern bringen nicht überaus wenig ein. Somit aber stellt sich die Tabaksteuer als eine Kopfsteuer dar, bei der von „Freiwilligkeit“ gar keine Rede mehr sein kann. Es ist aber auch wohl zu beachten, daß sich, gerade weil der Tabak in den genannten Ländern so hoch besteuert wird, in Deutschland eine für den Nationalwohlstand höchst bedeutame und blühende Industrie entwickelt hat, die durch eine übertriebene Steuerbelastung, wie sie vorgeschlagen ist, in wenig Jahren gänzlich vernichtet werden würde. Und so wenig wie man die Tabaksteuer eine Kopfsteuer nennen kann, ebensowenig, ja am allerwenigsten die Steuer von Geschäftsbahnschiffen.

Bevor aber auch immer die Steuern genommen werden, vom Luxus oder vom dringenden Bedürfnis, das Eine ist ungewissheit, daß die entstehende Lücke einen Ausgleich findet, und die ganze Steuersumme von der Arbeitskraft des Volkes aufgebracht werden muß.

Wir bestreiten die Nothwendigkeit neuer Steuern und wir bestreiten die wirkliche Berechtigung des Staates zu einem solchen Schritte in einer Zeit der drückendsten Roth wie die gegenwärtige. Könnte die Zeit sich unweilend nach dem Diktate der Regierung zu wenden wie die laute Anforderung erheben, daß sie dieses Aktat erlasse und die Mittel und Wege zur Umkehr an die Hand gebe. Da sie das aber nicht kann, so verlangen wir von ihr: die Roth, die immer weiter vordringende Ueberforderung der Kraft einzudämmen, statt sie durch neue Steuerumlagen noch zu erweitern. Daß der Reichstag von gleichen Erwägungen getragen, die Steuerentwürfe verworfen wird, ist unsere Hoffnung.

Zur Orientkrise.

Die jüngste Rede des Fürsten Bismarck ist ein Gedicht, das fast genossen werden muß. Die unter dem Eindruck leidenschaftlicher Erwartung von der öffentlichen Meinung des Auslandes, besonders von Oesterreich, gefaßten vermisslichen Urtheile haben sich mildern, sobald sich die Gemüther mehr beruhigt haben. Kriegsrufen hat die Rede des Fürsten Bismarck in den österreichischen Regierungskreisen, nachdem sie ihnen in vollem Verstand verliert, einen heftigen Grund als im Publikum gemacht. Besonders bezeichnend die Erklärung, daß Deutschland für kein Fall eines Krieges jedem Kriegführenden vollste Neutralität anfeindet. Unter Wiener Korrespondenten dürfte in Nachdenklichkeit wohl die Beurtheilung wiedererwachen, welche die Rede Bismarcks in maßgebenden politischen Kreisen Wiens nummehr findet. Er schreibt unter 20. ds. darüber:

Die Auffassungen über die Orientfrage, welche gestern Fürst Bismarck und Graf Andrassy, letzterer durch den Mund der Ministerpräsidenten von Wien und Paris abgegeben haben, müssen in Zusammenhang gebracht und mit einander verglichen werden, wenn man die Lage deutlich übersehen will. Zunächst muß der Unterschied auffallen, welcher in der Auffassung der russischen Forderungen hier und in Berlin besteht. Während Oesterreich, nur einen Wunsch in offener und zugleich willkürlicher Form, konstatirt, daß einige Punkte der russisch-türkischen Abmachungen mit den Interessen der Monarchie sich nicht vertragen und nach dem Recht nach sich ziehen würden, — erklärt Fürst Bismarck, daß die Forderungen der russischen Forderungen nicht inidigen; während Oesterreich die Nothwendigkeit der russisch-türkischen Bestimmungen ausdrücklich bestritt und hinzusetzt, dieselben müßten, insofern sie eine Bedingung des Friedens sein könnten, nicht inidigen; — hören wir aus dem Munde des Fürsten Bismarck, daß Oesterreich in Bezug auf die Forderungen nicht geschwankt solle, sich einfach auf den Standpunkt des „sui possidentis“ stellen könnte. Hier ist also ein Gegensatz in der Auffassung vorhanden, der nur scheinbar aufgewogen wird dadurch, daß man allerdings höchst wichtige Interessen Oesterreichs, vielleicht die hervorragendsten, nämlich die Freiheit der Donau und der Meerengen, von Oesterreich in gleichem Maße vertreten werden, mithin schon heute als gesichert und in gleichem Maße eigentlich eigentlich Oesterreich an allen Gegebenheiten anhängen. Daran folgt, daß Oesterreich in Bezug auf die Forderungen der Russen gegenüber eine besondere Bedeutung durch den ausgedehnten Laren, sonstigen mit einem einzigen Worte auf den Grund der Dinge nehmenden Hinweis des Fürsten Bismarck, er glaube nicht an einen europäischen Krieg, weil bei gegen Oesterreich vorgehenden Mächte alsdann die Verantwortung liegt, die türkische Erstmaßnahme übernehmen zu müssen. In der That, was soll jetzt mit einem Kriege erreicht werden? Oesterreich will nicht den gegenwärtigen Zustand aufgeben, der Staat kann es die verlorene Gebiete unmöglich zurückgeben wollen, was soll also es die der Balkanhalbinsel geschehen? Man kommt da immer wieder darauf zurück, daß nur eine friedliche Verständigung auf Grund der

vorhandenen Thatsachen einen Sinn haben kann. Diese Verständigung, den Kongreß oder die Konferenz, hat Oesterreich selber vorgeschlagen; Deutschland unterstützt den Vorschlag, er wird bald zur Wirklichkeit werden, und dabei wird Deutschland, „endlich vermitteln“. Die Lust hat nun bietet in Wien den hauptsächlichsten Trost, weil man die Interpellationsbegündung des Herrn v. Bennigsen, an welche Fürst Bismarck angeknüpft hat, mit des letzteren Worten in Verbindung bringt und die Hoffnung hegt, Deutschlands Vermittlung werde zu vermeiden und die Haltung des Oesterreichs „erheblich“ fördern“ stelle, und daß Oesterreich empfindlich bestraft werde. Das Kongreßprogramm des deutschen Reichstages geht also dahin, die Gegensätze zwischen Oesterreich und Oesterreich auszugleichen, innerhalb des Dreiländerbundes und im Allgemeinen zu vermitteln, innerhalb des Neugestaltung des europäischen Friedens zur Befriedigung der Nöthe zu lassen. Das Oesterreich müßte bei dem heutigen Stande einen Krieg auszuhalten, entnimmt man in Wien den Worten des Fürsten Bismarck; aber andererseits glaubt man aus demselben auch entnehmen zu dürfen, namentlich aus den Schlußsätzen der Rede des Kanzlers, daß Deutschland, falls eine gütliche Verständigung der interessierten Mächte nicht gelingen und der Kongreß ergebnislos bleiben sollte, und falls sodann ein anderer Konflikt zwischen Oesterreich und Oesterreich eintreten sollte, daß Deutschland in einem solchen Falle neutral bleibe. Darauf legt man in Wien das größte Gewicht, und unsere Oligarchen erklären bereits, Oesterreich werde sich unter Umständen vollkommen begnügen, wenn es nur den Rücken frei hätte. Eine Unterstützung im Entschleife hat Oesterreich von Deutschland nicht zu erwarten; dieses lehnt empfindlich jede direkte Beistellung an einem Oesterreich, und selbst die Rolle eines Schiedsrichters ab. Das gilt, wie man hier mit Genugthuung betont, sowohl dem Oesterreich als auch Oesterreich nicht den Liebesdienst gegen Oesterreich und Oesterreich zurückhalten, wenn dieses gegen Oesterreich Front machen müßte. Aber auch hierin liegt ein frohlockendes Moment, denn Oesterreich wird der Vermittlung eher Gehör schenken, wenn es weiß, daß Oesterreich seine Hand hat.

Wir möchten diesen Ausführungen unseres Korrespondenten nur Eines hinzufügen, die Erwägung nämlich, ob Oesterreich Ungarn bereits die ausreichende Vorzüge getroffen hat oder die selbe in kürzester Zeit treffen kann, seinen diplomatischen Einwirkungen den nöthigen militärischen Nachdruck zu verleihen. Siebenbürgische Blätter enthalten allerdings über die österreichischen Vorbereitungen zur Mobilisirung folgende Nachrichten: Dem siebenbürgischen General-Kommando ist die Ordrer zugegangen, in den nächsten Tagen die Einberufung der Reservisten der in Siebenbürgen dislocirten Abtheilungen der gemeinsamen Armee und der Umlauber der Honved-Armee zu veranlassen. Aus Klausenburg wird berichtet, daß in den militärischen Kreisen große Bewegung herrscht; man erwartet feindselig die Mobilisirung der Oesterreich. Man hat schon den Bau von Baracken für das Militär begonnen und bei den Eisenbahnen wird eilig gearbeitet. In der Citadelle in Klausenburg sind mehrlaufh Batorenen (an 5 Millionen Stück) aufgehäuft. Falls die Mobilisirung angeordnet werden sollte, werden in kurzer Zeit 100,000 Mann konzentriert sein. Die Mobilisirungs-Ordrer wird die Behörden vollständig vorbereitet finden. Alle Vorbereitungen sind schon seit Monaten getroffen. . . Unwillkürlich fällt uns aber auch die siebenbürgischen Meldungen Fürst Bismarcks Wort ein: daß ihm als das Wichtigste die geschlossene Stellung der Russen vor Konstantinopel bis zur Donau mit der festen Basis der Donau-Setzungen erseheine“. Und kurzlich kurzlich noch das Wort in politischen Kreisen: Es ist schade für Oesterreich, daß es für seine diplomatischen Schritte so wenig schlagfertige Gründe in Bereitschaft hat.

Den Rumänen muß es wohl und weise werden, wenn sie lesen, wie Fürst Bismarck von der christlichen Politik spricht, die er und Graf Andrassy mit einander treiben, und wenn sie dabei der russisch-rumänischen Politik gedenken. Die russische Diplomatie, die nicht erachtet hatte, daß das Verlangen Rumäniens nach Humanitäts-Verträgen in ganz Humanitäten einen so großen Widerstand bezeugen werde, als es thatsächlich geschieht, sucht nun nach einem Auswege in dieser biffalen Situation. Sie glaubt einen solchen gefunden zu haben, indem sie in Bulgareien maßgebenden Kreisen die Kooperation der rumänischen Armee zum Gegenstande nachträglicher Erörterungen macht. Am Juli vorigen Jahres hatte Herr v. Helldorf in Bulgareien formell erklärt, Rußland heizte die rumänischen Mächte Rumäniens nicht. Aber schon Anfangs August, als türkischen Mächte Rumäniens nicht. Und kurzlich kurzlich noch das Wort in politischen Kreisen: Es ist schade für Oesterreich, daß es für seine diplomatischen Schritte so wenig schlagfertige Gründe in Bereitschaft hat.

Den Rumänen muß es wohl und weise werden, wenn sie lesen, wie Fürst Bismarck von der christlichen Politik spricht, die er und Graf Andrassy mit einander treiben, und wenn sie dabei der russisch-rumänischen Politik gedenken. Die russische Diplomatie, die nicht erachtet hatte, daß das Verlangen Rumäniens nach Humanitäts-Verträgen in ganz Humanitäten einen so großen Widerstand bezeugen werde, als es thatsächlich geschieht, sucht nun nach einem Auswege in dieser biffalen Situation. Sie glaubt einen solchen gefunden zu haben, indem sie in Bulgareien maßgebenden Kreisen die Kooperation der rumänischen Armee zum Gegenstande nachträglicher Erörterungen macht. Am Juli vorigen Jahres hatte Herr v. Helldorf in Bulgareien formell erklärt, Rußland heizte die rumänischen Mächte Rumäniens nicht. Aber schon Anfangs August, als türkischen Mächte Rumäniens nicht. Und kurzlich kurzlich noch das Wort in politischen Kreisen: Es ist schade für Oesterreich, daß es für seine diplomatischen Schritte so wenig schlagfertige Gründe in Bereitschaft hat.